

Stand: 02.06.2026 04:27:43

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8244

"Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Einführung eines Bayerischen Kinderstartgeldes (Drs. 19/7432)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8244 vom 02.10.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/8761 des SO vom 30.10.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 63 vom 13.11.2025



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Helmut Schnotz** und **Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Einführung eines Bayerischen Kinderstartgeldes
(Drs. 19/7432)**

Der Landtag wolle beschließen:

§ 1 wird wie folgt geändert:

1. In Nr. 3 wird nach Art. 2 Abs. 7 folgender Abs. 8 eingefügt:

„(8) Hat ein Soldat der Bundeswehr seit nicht mehr als drei Jahren vor dem nach Abs. 1 maßgeblichen Zeitpunkt keinen Standort im Inland, gilt der letzte Standort im Inland als Hauptwohnung und als Ort des gemeinsamen Haushalts des Soldaten und des Kindes.“

2. Nach Nr. 6 wird folgende Nr. 7 eingefügt:

,7. Art. 7 wird wie folgt geändert:

a) Der Wortlaut wird Abs. 1 und nach der Angabe „Zehnten Buches Sozialgesetzbuch“ wird die Angabe „(SGB X)“ eingefügt.

b) Folgender Abs. 2 wird angefügt:

„(2) ¹Über die Gewährung von Kinderstartgeld kann vor Vollendung des ersten Lebensjahres unter dem Vorbehalt der Rückforderung entschieden werden. ²Soweit die Anspruchsvoraussetzungen zum Zeitpunkt der Vollendung des ersten Lebensjahres des Kindes nicht vorliegen, hat die zuständige Behörde den Bewilligungsbescheid mit Wirkung für die Vergangenheit aufzuheben. ³Die zuständige Behörde muss dies innerhalb eines Jahres seit Kenntnis der Tatsachen tun, welche die Aufhebung des Verwaltungsaktes für die Vergangenheit nach Satz 2 rechtfertigen. ⁴Wurde das Kinderstartgeld bereits ausgezahlt, gelten § 45 Abs. 2 und § 50 SGB X entsprechend.“

3. Die bisherigen Nrn. 7 und 8 werden die Nrn. 8 und 9.

Begründung:**Zu Art. 2 Abs. 8**

Mit der Regelung wird sichergestellt, dass Angehörige der Bundeswehr, die im Dienste der Bundesrepublik Deutschland vorübergehend im Ausland stationiert sind, nicht schlechtergestellt sind. Dies trägt insbesondere dazu bei, die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber zu erhöhen. Die Regelung ist insbesondere vor dem Hintergrund einer zunehmenden dauerhaften Bundeswehrpräsenz in den baltischen Staaten erforderlich. Die Begrenzung auf drei Jahre dient dazu, den Bezug zum Freistaat Bayern zu gewährleisten und sicherzustellen, dass das Kinderstartgeld grundsätzlich weiterhin als Leistung für Landeskinder vergeben wird.

Es ist nicht die Hauptwohnung in Bayern, sondern der letzte Standort entsprechend § 9 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) in Bayern maßgeblich. Dadurch soll verhindert werden, dass ein durch dienstliche Auslandsverwendung bedingter fehlender Aufenthalt in Bayern zum Verlust des Anspruchs auf Kinderstartgeld führt. Ebenso soll – soweit ein gemeinsamer Haushalt mit dem Kind im Einsatzland weiter besteht – der gemeinsame Haushalt in Bayern fingiert werden.

Zu Art. 7 Abs. 2 Satz 1

Die Regelung konkretisiert die Vorgaben für das Verwaltungsverfahren. So wird nun noch gesetzlich verankert, dass – bei entsprechend frühzeitiger Antragstellung – über die Gewährung des Kinderstartgelds grundsätzlich vor Vollendung des ersten Lebensjahres des Kindes unter dem Vorbehalt einer Rückforderung entschieden wird. Dies trägt einerseits dem Bedürfnis der Eltern nach Planungssicherheit Rechnung, andererseits wird zum Schutz öffentlicher Mittel ein spezialgesetzlicher Rückforderungsvorbehalt eingefügt, für den Fall, dass die Voraussetzung entgegen der ursprünglichen Erklärung der Eltern zum Stichtag 1. Geburtstag doch nicht vorliegen.

Zu Art. 7 Abs. 2 Satz 2

Sofern sich herausstellt, dass die Anspruchsvoraussetzungen zum Zeitpunkt der Vollendung des ersten Lebensjahres des Kindes für das Kinderstartgeld nicht (mehr) vorliegen, hat die zuständige Behörde den Bewilligungsbescheid mit Wirkung für die Vergangenheit aufzuheben. Dies stellt sicher, dass unrechtmäßige Inanspruchnahmen des Kinderstartgelds nachträglich korrigiert werden können. Die Regelung entspricht dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und dient der Sicherung eines effektiven Mitteleinsatzes.

Zu Art. 7 Abs. 2 Satz 3

Die Aufhebung des Bewilligungsbescheids ist zeitlich begrenzt. Sie muss innerhalb eines Jahres seit Kenntnis der Tatsachen erfolgen, die die Rücknahme des Verwaltungsakts für die Vergangenheit rechtfertigen. Hierdurch erhalten die betroffenen Personen Rechtssicherheit (Prinzip der Verhältnismäßigkeit). Die Regelung orientiert sich an § 45 Abs. 4 Satz 2 SGB X und stellt sicher, dass Rücknahmen zügig erfolgen.

Zu Art. 7 Abs. 2 Satz 4

Für den Fall, dass das Kinderstartgeld bereits ausgezahlt wurde, wird klargestellt, dass die Vorschriften des § 45 Abs. 2 und des § 50 SGB X entsprechend gelten. Damit wird ein Gleichlauf mit den allgemeinen Vorschriften des Sozialverwaltungsverfahrensrechts hergestellt. Dadurch wird gewährleistet, dass berechnete Vertrauensinteressen der Leistungsberechtigten im Rahmen einer Rückforderung angemessen berücksichtigt werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 19/7432

zur Einführung eines Bayerischen Kinderstartgeldes

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/8244

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Einführung eines Bayerischen Kinderstartgeldes
(Drs. 19/7432)**

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/8579

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Einführung eines Bayerischen Kinderstartgeldes
hier: Neues Kinderstartgeld unbürokratisch gestalten - Antrag im Antrag beibehalten
(Drs. 19/7432)**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass in § 1 folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. In Nr. 3 wird nach Art. 2 Abs. 7 folgender Abs. 8 eingefügt:

„(8) Hat ein Soldat der Bundeswehr seit nicht mehr als drei Jahren vor dem nach Abs. 1 maßgeblichen Zeitpunkt keinen Standort im Inland, gilt der letzte Standort im Inland als Hauptwohnung und als Ort des gemeinsamen Haushalts des Soldaten und des Kindes.“

2. Nach Nr. 6 wird folgende Nr. 7 eingefügt:

„7 Art. 7 wird wie folgt geändert:

a) Der Wortlaut wird Abs. 1 und nach der Angabe „Zehnten Buches Sozialgesetzbuch“ wird die Angabe „(SGB X)“ eingefügt.

b) Folgender Abs. 2 wird angefügt:

„(2) ¹Über die Gewährung von Kinderstartgeld kann vor Vollendung des ersten Lebensjahres unter dem Vorbehalt der Rückforderung ent-

schieden werden. ²Soweit die Anspruchsvoraussetzungen zum Zeitpunkt der Vollendung des ersten Lebensjahres des Kindes nicht vorliegen, hat die zuständige Behörde den Bewilligungsbescheid mit Wirkung für die Vergangenheit aufzuheben. ³Die zuständige Behörde muss dies innerhalb eines Jahres seit Kenntnis der Tatsachen tun, welche die Aufhebung des Verwaltungsaktes für die Vergangenheit nach Satz 2 rechtfertigen. ⁴Wurde das Kinderstartgeld bereits ausbezahlt, gelten § 45 Abs. 2 und § 50 SGB X entsprechend.“

3. Die bisherigen Nrn. 7 und 8 werden die Nrn. 8 und 9.

Berichterstatlerin: **Melanie Huml**
Mitberichterstatlerin: **Katja Weitzel**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf und der Änderungsantrag Drs. 19/8244 wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 19/8244 mitberaten. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 19/8244 und Drs. 19/8579 endberaten.

2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 19/8244 in seiner 31. Sitzung am 9. Oktober 2025 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/8244 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Enthaltung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 19/8244 in seiner 77. Sitzung am 22. Oktober 2025 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/8244 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Enthaltung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 19/8244 und Drs. 19/8579 in seiner 34. Sitzung am 30. Oktober 2025 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass:

1. in § 1 Nr. 9 (in Art. 9a):
 - a. in Abs. 1 der „1. Dezember 2025“ als Tag des Inkrafttretens
 - b. in Abs. 2 der „30. November 2025“ als Tag vor dem Datum des Inkrafttretens
 - c. in Abs. 3 der „30. November 2025“ als Tag vor dem Datum des Inkrafttretens
2. in § 2 Nr. 5 (in Abs. 4) der „30. November 2025“ als Tag vor dem Datum des Inkrafttretens
3. in § 3 Nr. 2 Buchst. b (in Abs. 2) jeweils der „30. November 2025“ als Tag vor dem Datum des Inkrafttretens
4. in § 4 Nr. 2 (in § 154) der „30. November 2025“ als Tag vor dem Datum des Inkrafttretens
5. in § 5 Nr. 2 (in § 12) Satz 1 und 2 jeweils der „30. November 2025“ als Tag vor dem Datum des Inkrafttretens
6. In § 6 der „1. Dezember 2025“ als Datum des Inkrafttretens eingesetzt wird.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/8244 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Enthaltung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/8579 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

AfD: Ablehnung

B90/GRÜ: Zustimmung

SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Thomas Huber

Stellvertretender Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Thomas Huber

Abg. Franz Schmid

Abg. Julia Post

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Elena Roon

Abg. Felix Locke

Abg. Anton Rittel

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Abg. Michael Hofmann

Abg. Doris Rauscher

Abg. Christoph Maier

Staatsministerin Ulrike Scharf

Abg. Martin Böhm

Abg. Katharina Schulze

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Dann steigen wir nun in die Zweite Lesung ein.

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Einführung eines Bayerischen Kinderstartgeldes ([Drs. 19/7432](#))

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag der Abgeordneten

Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u. a. und Fraktion (CSU)

Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) ([Drs. 19/8244](#))

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

hier: Neues Kinderstartgeld unbürokratisch gestalten - Antrag im Antrag beibehalten ([Drs. 19/8579](#))

und

Änderungsantrag der Abgeordneten

Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) ([Drs. 19/8814](#))

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Drs. 19/8839)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt auch hier 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Thomas Huber für die CSU-Fraktion.

Thomas Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich versuche einmal, in diese aufgewühlte Stimmung etwas Ruhe und Sachlichkeit zu bringen, weil das Thema wirklich emotional sehr anspannend ist.

Ich beginne im Jahr 2018. Damals haben wir nämlich in Bayern, im Bayerischen Landtag, die Entscheidung getroffen, das in Deutschland einzigartige Familiengeld als freiwillige bayrische Leistung einzuführen. Lieber Herr Kollege Halbleib, das ist beispiellos. Das haben wir in wirtschaftlich guten Zeiten gemacht. Bayern stand so gut und so stark da, dass wir uns zusätzliche und freiwillige Familienleistungen leisten konnten. Damals war das ein mutiger und richtiger Schritt unseres Ministerpräsidenten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es hat zwischenzeitlich schon wieder eine Wahl gegeben. Damals war das auch ein wichtiges Signal, dass Bayern an der Seite seiner Familien steht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Seit dem Jahr 2018 hat sich die Welt jedoch schlagartig verändert: Corona, der Ukraine-Krieg, die Wirtschaftsflaute, steigende Energie- und Lebenshaltungskosten. Die finanziellen Herausforderungen sind massiv gewachsen. Gleichzeitig erleben wir mehr Druck von politischen Extremen, von Antisemiten und Islamisten. Unsere Gesellschaft steht unter Spannung. Umso dringender brauchen wir einen Bildungsboom, gerade in der frühkindlichen Bildung, wo die Grundlagen für Werte, Demokratieverständnis und gesellschaftlichen Zusammenhalt gelegt werden. Heute, im Jahr 2025, also sieben Jahre später, stehen unsere 10.800 Kindertageseinrichtungen wirtschaftlich massiv unter Druck. Es handelt sich nicht um abstrakte Zahlen oder Angstmacherei. Das ist

die Realität – das wissen Sie auch –, die Träger und Kommunen und natürlich Eltern täglich erleben.

Liebe Ministerin, seit dem Jahr 2010 ist die Zahl der Kinder in bayerischen Einrichtungen um sage und schreibe 43 % gestiegen, von gut 453.000 auf heute 647.000 Kinder. Wir haben mehr Kinder, und wir haben längere Betreuungszeiten. Die Anforderungen sind enorm gewachsen. Es gibt mehr Kinder mit besonderen Bedarfen, die Sprachförderung und Inklusion benötigen. Wir haben stets gegengesteuert und massiv investiert. Die Zahl der Fachkräfte ist um 106 % gestiegen, die Zahl der Einrichtungen um 35 %. Aber die Herausforderungen sind noch schneller gewachsen. Die Kommunen und Träger haben uns in den letzten Monaten eindringlich gemeldet, dass das System kurz vor dem Kollaps steht. In manchen Regionen drohen sogar Gruppen und Kitas zu schließen. Die Nachfrage fehlt nicht, im Gegenteil. Stattdessen explodieren die Betriebskosten. Die bisherige Finanzierung – Hälfte Freistaat, Hälfte Kommune – reicht nicht mehr aus. Die Kommunen sind nicht mehr in der Lage, auf die enormen Betriebskosten zu reagieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir jetzt nicht gegensteuern – deswegen auch die Eile – und nicht massiv in die Betreuungsstrukturen investieren, haben Eltern keine Verlässlichkeit mehr und können nicht mehr sicher sein, ob die Kita ihrer Kinder nächstes Jahr wieder öffnet. Das bedeutet, dass Mütter und Väter ihren Beruf nicht ausüben können, weil die Betreuung nicht gesichert ist. Das bedeutet, dass Unternehmen keine Fachkräfte finden, weil diese keine verlässliche funktionierende Kinderbetreuung haben.

(Unruhe)

– Seid bitte ein bisschen ruhig, ich höre hier vorne mein eigenes Wort nicht mehr. – Funktionierende Kinderbetreuung ist aber kein Luxus; sie ist ein harter Standortfaktor für Bayern und sie ist die Voraussetzung dafür, dass Eltern Familie und Beruf verein-

baren können; sie ist das Fundament für die Bildungsbiografien unserer Kinder und damit auch für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Wir stehen heute hier, um über eine notwendige und unausweichliche Entscheidung zu sprechen, die – das sage ich ganz ehrlich – mir persönlich, die uns als Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER, die dem Ministerpräsidenten und unserer Ministerin sicherlich nicht leichtfällt.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Toni Schuberl (GRÜNE): Wo ist denn der Herr Ministerpräsident?)

Viele Familien in Bayern hatten mit dem Kinderstartgeld gerechnet,

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

– jetzt hören Sie doch einmal zu, das ist unflätig –

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das kann er nicht!)

das wir in der Folge des bis dahin einzigartigen Familiengeldes einführen wollten. Ja, viele haben sich auf diese 3.000 Euro zum ersten Geburtstag ihres Kindes gefreut. Nun müssen wir ihnen leider sagen, es wird nicht kommen. Diese Enttäuschung, ganz ehrlich, liebe Kollegen, die nehmen wir sehr ernst. Ich verstehe sie, und ich will überhaupt nichts beschönigen oder schönreden. Ich will ehrlich mit uns sein, so ehrlich, wie wir es den Menschen in Bayern schuldig sind; denn gute Politik bedeutet auch, unbequeme Entscheidungen zu treffen und transparent zu erklären, warum wir sie treffen müssen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sichten diese Mittel vollständig um. Jeder Euro, der für das Familiengeld, das Krippengeld und das Kinderstartgeld vorgesehen war, fließt jetzt direkt in die Kindertagesbetreuung, entlastet damit Träger und Kommunen und bewahrt die Eltern vor steigenden Beiträgen. Konkret bedeutet das: Das Familien- und Krippengeld wird für

alle Kinder, die vor dem 1. Januar 2025 geboren wurden, wie vorgesehen weiter ausbezahlt. Bestehende Rechtsansprüche werden selbstverständlich erfüllt; aber für Kinder, die ab dem 1. Januar 2025 geboren wurden, wird es diese neu angedachte Leistung nicht geben, weil wir sie heute leider nicht einführen können. Stattdessen investieren wir die frei werdenden Mittel – dabei handelt es sich um bis zu 800 Millionen Euro jährlich – vollständig und umgehend in die Betriebskostenförderung unserer Kitas, Kindergärten und staatlich geförderten Betreuungseinrichtungen. Dabei handelt es sich übrigens um eine langanhaltende Forderung von der SPD und den GRÜNEN.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bis zum Jahr 2030 sind es insgesamt rund 3 Milliarden Euro zusätzlich für die Kinderbetreuung in Bayern – 3 Milliarden Euro, die vor Ort ankommen, 3 Milliarden Euro, die den 2.000 Trägern und den 2.056 Kommunen helfen und verlässliche Betreuungsstrukturen garantieren.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Toni Schuberl (GRÜNE): Wer soll das glauben!)

– Hören Sie einmal zu, dann lernen Sie noch etwas. Das ist fürchterlich. –

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Dieser Schreihals da hinten! Ein solcher Flegel!)

Natürlich könnte man sich jetzt fragen: Warum nicht beides? Warum nicht das Kinderstartgeld und die Stärkung der Kitas? – Die Antwort ist einfach und ehrlich: weil uns aktuell das Geld nicht zur Verfügung steht, weil wir keine neuen Schulden machen dürfen und auch nicht wollen. Deswegen müssen wir umschichten. Wir müssen als Staat mit dem Geld auskommen, das uns zur Verfügung steht und dürfen nicht auf Kosten der jungen Generation leben. Wir sind davon überzeugt, dass diese Umschichtung auch und insbesondere im Interesse der Familien ist.

Eine Einmalzahlung von 3.000 Euro ist für viele Familien viel Geld. Sie hilft im Moment, das ist überhaupt keine Frage; aber sie schafft keine dauerhafte Grundlage. Sie sichert keinen einzigen Kitaplatz. Sie garantiert keine Qualität. Sie ermöglicht keine Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Was nützt Eltern eine einmalige Zahlung, wenn die Kitagruppe ihres Kindes schließen muss? Was nützt ihnen Geld, wenn kein Betreuungsplatz zur Verfügung steht? – Nichts.

Familien brauchen Verlässlichkeit. Sie brauchen die Sicherheit, dass ihr Kind jeden Tag und nicht nur einmal gut betreut ist. Natürlich weiß ich, dass diese Entscheidung nicht alle gleichermaßen trifft. Es gibt Familien, gerade in Verbindung mit dem Kinderjahrgang 2025, die mit dem Kinderstartgeld fest gerechnet haben. Ich verstehe, dass diese Familien enttäuscht sind. Gleichzeitig sind wir aber davon überzeugt, dass diese Entscheidung aktuell alternativlos und deswegen richtig ist. Sie ist ehrlicher als ein Versprechen, das wir langfristig nicht halten können, sie ist nachhaltiger als eine Einmalzahlung, und sie ist gerechter, weil sie allen Familien zugutekommt.

Jetzt liegt es nicht allein am Freistaat. Kinderbetreuung ist eine kommunale Aufgabe, und wir als Freistaat gehen jetzt voran. Wir erhöhen unseren Anteil einseitig und massiv, und ich erwarte, dass die Kommunen dieses Geld nutzen. Die zusätzlichen Mittel müssen sich bei den Elternbeiträgen bemerkbar machen, sie müssen dazu führen, dass Betreuung weiterhin bezahlbar bleibt und die Beiträge stabil bleiben.

Im Übrigen bleibt es bei den 100 Euro Beitragsentlastung, die der Freistaat Bayern weiterhin trägt und weiterhin freiwillig bezahlt. Das sind noch einmal 1.200 Euro pro Jahr. Ohne diese freiwillige Leistung wären die Elternbeiträge heute schon höher.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Huber, mir liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor.

Thomas Huber (CSU): Das bedeutet eine Verlängerung meiner Redezeit!

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: – Genau. – Für die erste Zwischenbemerkung hat Herr Abgeordneter Franz Schmid von der AfD-Fraktion das Wort.

Franz Schmid (AfD): Herr Kollege Huber, wer einmal lügt, dem glaubt man nicht. Im Koalitionsvertrag haben Sie eine Familiengarantie versprochen, dann haben Sie das Versprechen halbiert und in ein Kinderstartgeld umverpackt, und jetzt streichen Sie es komplett. Wie können Sie so etwas den Familien draußen erklären?

Finden Sie es nicht auch eine Unverschämtheit, dass Markus Söder ausgerechnet dieser Debatte nicht beiwohnt, obwohl er derjenige ist, der dieses gebrochene Wort zu verantworten hat.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Huber.

Thomas Huber (CSU): Ich fange bei Letzterem an: Der Bayerische Ministerpräsident ist gerade in der Vorbereitung für den Koalitionsausschuss und befindet sich in Berlin.

(Zuruf von der AfD: Oh!)

Deswegen ist er leider Gottes nicht da. Er wäre gerne da gewesen; aber letztendlich, glaube ich, schaffen wir das gemeinsam, weil wir diese Entscheidung gemeinsam getroffen haben und auch die Verantwortung gemeinsam übernehmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Und, lieber Kollege Franz Schmid, Politik bedeutet nicht, allen alles zu versprechen.

(Widerspruch bei der AfD)

Politik bedeutet, Verantwortung zu übernehmen.

(Widerspruch bei der AfD)

– Sie haben eine Frage gestellt. Darf ich antworten? – Gerade wenn es schwerfällt, ist es, glaube ich, unsere Verantwortung, ehrlich zu sagen, warum etwas nicht mehr geht. Nach den letzten acht Jahren der freiwilligen Leistung Familiengeld kam eine Umschichtung, weil wir anhand des Bayerischen Kinderstartgelds die Hälfte des Geldes in das System geben wollten. Da wir jetzt die Erkenntnis haben, dass das Geld an dieser Stelle nicht ausreicht und die Kitas kurz vor einem Kollaps stehen, müssen wir diese verantwortungsbewusste Entscheidung gezwungenermaßen treffen, das Geld in das System zu geben.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, Sie haben eine Minute für Ihre Antwort.

Thomas Huber (CSU): Es bleibt im System und es kommt allen Familien zugute.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Für eine weitere Zwischenbemerkung hat Frau Kollegin Julia Post von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Julia Post (GRÜNE): Herr Vizepräsident, wenn Sie erlauben: Es heißt Post wie die Post.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Oh!

Julia Post (GRÜNE): Lieber Kollege Huber, Sie haben zum Familiengeld gesagt, dass es keine Strukturen schafft. Das galt übrigens schon 2018. Nun noch zwei konkrete Nachfragen:

Erstens. Da uns der Haushalt noch nicht zugeleitet ist, wissen wir – aus allen Texten, die wir kennen – eben noch nicht, wofür die Mittel verwendet werden. Alles, was ich in Ihren Änderungsanträgen lesen kann, bedeutet für mich nur eine Ankündigung. Wird das Geld wirklich bei den Kitas ankommen? – Ich habe meine Zweifel.

Zweitens. Wir hatten bereits im Juli 2024 eine Anhörung zur Situation der Kitas. Träger und Kommunen haben uns bei dieser Gelegenheit bereits geschildert, wie es um sie bestellt ist. Wir hatten in den Ausschüssen oft das Thema der Insolvenzen. Wann wird die Reform des Kita-Gesetzes endlich kommen, um diese Strukturen zu schaffen? Das beantworten Sie nämlich heute nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Thomas Huber (CSU): Doch, das tue ich, weil ich auf Ihre Frage eingehe, die Sie gestellt haben.

Ich fange wieder von hinten an: BayKiBiG-Reform. Wir reden im Sozialausschuss über eine Weiterentwicklung des BayKiBiGs, weil das BayKiBiG kein schlechtes Gesetz ist. Es ist vor 21 Jahren unter ganz anderen Maßgaben und Voraussetzungen eingeführt worden. Ich habe vorher die Veränderungen angeführt, die dieses Gesetz miterlebt hat. Ich glaube heute noch, dass das BayKiBiG eines der besten Gesetze zur Kinderbildung und -betreuung ist, die wir in Deutschland haben. Es ist aber nicht für diese Belastung ausgelegt. Deswegen gibt es eine Weiterentwicklung in Form einer Reform, die spätestens zum 1. Januar 2027 kommen wird, weil wir die Ideen, die wir jetzt gerade miteinander diskutieren, unabhängig davon alle aufnehmen.

Zu letzterem Punkt: Es ist ein dummer Zufall, dass wir heute unter diesem Titel über etwas diskutieren müssen, was wir eigentlich mit diesem Titel einführen wollten, bei dem uns aber leider Gottes die Realität eingeholt hat. Deswegen tut es uns selbst leid, dass wir heute hier stehen und Ihnen, den Eltern und den Familien erklären müssen, dass es keine direkte freiwillige Leistung mehr gibt.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Huber, Sie haben eine Minute für die Beantwortung der Frage.

Thomas Huber (CSU): Das Gute ist aber, dass das Geld zu hundert Prozent dem System zugutekommt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Für eine weitere Zwischenbemerkung hat nun Frau Kollegin Dr. Simone Strohmayr, SPD-Fraktion, das Wort.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Herr Kollege Huber, haben Sie eigentlich eine Ahnung, wie viel 3.000 Euro für junge Familien sind? – Das sind für viele Familien die Kitgebühren eines Jahres. Ich möchte Sie konkret fragen: Was erhalten die Familien im Gegenzug? – Sie erhalten nicht einen einzigen kostenfreien Kitaplatz. Ein solcher würde den Familien wirklich nützen. Wir werden dadurch nicht mehr und keine kostenfreien Kitaplätze schaffen. Deswegen ist es eine Lüge, was Sie heute hier erzählen.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Thomas Huber (CSU): Liebe Frau Kollegin Strohmayr, unter Demokraten, glaube ich, sprechen wir nicht von Lügen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin ehrlich gesagt anderes gewöhnt, nämlich eine sachliche Diskussion auf hohem Niveau und nicht in Populismus gekleidet. – Ich halte gar nichts von Kostenfreiheit. Was nichts kostet, ist nichts wert. Bietet der Staat eine Dienstleistung an,

(Zuruf: Schule ist nichts wert?)

kann er dafür auch Geld verlangen. Wichtig ist, dass die Beiträge sozialverträglich sind und es sich jede Familie leisten kann. Im Übrigen erhalten Familien mit eher sozial schwächerem Hintergrund eine anderweitige Unterstützung. Das wissen Sie und alle Sozialpolitiker auch. Sie sind somit nicht ausgenommen.

Wir verbreiten hier keine Lügen. Ich habe Ihnen gerade erläutert, dass wir uns in einer sehr schwierigen Situation befinden. Ich muss Ihnen heute erklären, dass wir zu diesem Tagesordnungspunkt die Entscheidung getroffen haben, dass wir das, was wir vorhatten – gut gemeint, freiwillig, in guten Zeiten eingeführt –, leider nicht

realisieren können, weil wir das Geld ins System geben, damit die Beiträge stabil bleiben. Das haben die Eltern in Zukunft. Ich hoffe, die Kommunen werden ihrer Verantwortung auch gerecht – das haben sie uns jedenfalls zugesichert –, sodass das Geld – 800 Millionen Euro im Jahr bzw. über 3 Milliarden Euro bis 2030 – einseitig zur Betriebskostenfinanzierung verwendet wird und die Beiträge stabil bleiben können. Das bekommen unsere Eltern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Elena Roon für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Bitte schön, Sie haben das Wort.

Elena Roon (AfD): Herr Huber, Sie haben das Geld für alles, aber nicht für die eigenen Kinder und die eigenen Familien. – Sehr geehrtes Präsidium, werte Kollegen! Grundsätzlich waren wir von Anfang an gegen diesen Gesetzentwurf, da sich aus unserer Sicht das bestehende Familien- und Krippengeld bewährt hat, gut, zielführend und erhaltenswert ist. Der nun vorliegende Änderungsantrag übertrifft sich selbst in Sachen Dreistigkeit. Selbstverständlich werden wir dieser Änderung und dem gesamten Gesetz nicht zustimmen.

Noch einmal für alle: Sie wollen jetzt wegen Finanzierungslücken alle direkten Familiengeldleistungen streichen. Es ist schlicht unverschämt, Familien, die ohnehin unter steigenden Kosten und wirtschaftlichem Druck leiden, ihre komplette bisherige Unterstützung zu nehmen. Das ist wirklich unfassbar. Sie tun so, als sei dies eine unausweichliche Maßnahme. – Nein, es gäbe genug Einsparungspotenzial. In Wahrheit bestrafen Sie Familien und nehmen Ihnen gerade in der anfangs so belastenden Säuglings- und Kleinkindphase Unterstützung weg. Genau so sieht die familienfreundliche Politik der aktuellen CSU-Kollegen aus. Sauber!

Unsere Aufgabe in der Politik ist es, für gute Rahmenbedingungen zu sorgen. Verlieren Mütter in Deutschland in vier Jahren nach der Geburt im Durchschnitt fast 30.000 Euro im Vergleich zu Frauen ohne Kinder, sind das alles andere als gute Rahmenbedingungen. Hinzu kommen noch Renteneinbußen. Merken Sie eigentlich noch, was hier geschieht? Oder merken Sie gar nichts? Diese Frauen zeigen enormen Einsatz für die Zukunft unserer Gesellschaft, und jetzt sollen sie auch noch auf Unterstützung aus Bayern verzichten? – Das ist ungerecht, kurzsichtig und herzlos. Es zeigt, dass die CSU keine Rücksicht auf Familien nimmt, ihr "C" im Namen vergessen hat und die Bedürfnisse der Eltern ignoriert. – Frau Huml, Frau Gießübel oder Frau Toso, das können Sie doch nicht im Ernst befürworten. Das geht doch gar nicht.

Selbst die AWO kritisiert die geplante Abschaffung des Kinderstartgeldes. Ursprünglich sollte es Familien als Ersatz für das Familien- und Krippengeld dienen. Stattdessen werden die Mittel nun komplett in den Kita-Ausbau umgelenkt. Das ist eine klare Umverteilung von den Eltern an Einrichtungen. Besonders hart trifft es Eltern mit geringem Einkommen und Mehrkindfamilien. Auch der Verband der Kitafachkräfte würde es befürworten, wenn weiterhin sowohl die Familie selbst als auch die Kitas unterstützt würden. Haben Sie den Unmut Ihrer Wähler nicht vernommen? Zahlreiche Zuschriften und Petitionen haben uns erreicht, in denen Eltern ihre Sorgen deutlich machen. Wir als AfD nehmen diese Stimmen sehr ernst. Familienpolitik darf nicht von oben herab entschieden werden. Sie muss die Menschen in den Mittelpunkt stellen, die sie betrifft. Wer die Stimmen der Familien ignoriert, handelt gegen die eigene Bevölkerung.

Meine Damen und Herren, Familien in Bayern brauchen echte, verlässliche Unterstützung, keine Kürzungen, keine Symbolpolitik und keine leeren Versprechen. Bayern soll nach diesem Änderungsantrag noch Familienland sein? – Dass ich nicht lache. Nein, wir lehnen dieses Gesetz entschieden und mit Nachdruck ab und bitten Sie, in Ihren eigenen Reihen diese Ungerechtigkeit zu überdenken. Papier ist geduldig, der Wähler nicht. Eines ist sicher: Die Menschen lassen sich nicht länger an der Nase herumführen. Während Sie, liebe Kollegen von der CSU zusammen mit Herrn Söder,

mit Ihrer Politik das Geld zuerst in Corona-Masken gepumpt haben und jetzt in die Kriegstreiberei pumpen, lassen Sie die Familien und Kinder einfach links liegen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ja, genau! Schäbig! Putin-Freundin! – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

– Sie sind genauso schäbig, Herr Pohl. Sie spielen das Spiel komplett mit. Dann brauchen Sie sich nicht mehr zu wundern, wenn es Ihre Wähler zur AfD zieht.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Gehen Sie zurück nach Sankt Petersburg! – Zurufe von der AfD: Oh!)

– Ich gehe nicht zurück. Herr Pohl, wohin muss ich zurückgehen?

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Nach Sankt Petersburg!)

– Ich bin dort nicht geboren, Herr Pohl. Nur zur Information, der Kollege von den GRÜNEN hat es letztes Mal richtig erwähnt: Ich bin in Kasachstan geboren, Herr Pohl, und nicht in Russland.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu hat nun Herr Abgeordneter Felix Locke für die FREIEN WÄHLER das Wort.

Felix Locke (FREIE WÄHLER): Geschätzte Frau Kollegin Roon, vielen lieben Dank für diesen tränenreichen Vortrag.

(Zurufe von der AfD: Pfui!)

Ich weiß nicht, ob Sie das Gesetz verstanden haben, und frage mich, warum Sie etwas verteidigen, was gar nicht zu Ihrer politischen Tendenz passt. Wissen Sie, dass dieses Geld auch Kinder aus Familien mit Asylbewerberhintergrund bekommen hätten?

Wie finden Sie das? Finden Sie das gut? Unterstützen Sie das? Das passt eigentlich nicht zu Ihrer politischen Einstellung.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Was ist mit den FREIEN WÄHLERN los?)

Elena Roon (AfD): Ich sage Ihnen eines: Sie haben unsere Tendenz wahrscheinlich gar nicht kapiert. Wir als AfD fordern die ganze Zeit Geld für Familien und Kinder. Sie machen es gerade umgekehrt. Sie haben das Geld für alles. Sie werfen es zum Fenster hinaus, aber für unsere Familien, Kinder, Senioren und Menschen mit Behinderung haben Sie nie Geld.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Der nächste Redner ist Herr Kollege Anton Rittel für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. – Bitte, Herr Kollege.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das ist heute eine sehr emotionale Debatte. Eines muss man aber einmal ganz klar sagen: Bayern ist und bleibt ein Familienland.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir investieren 5 Milliarden Euro in die Familien. In den Haushaltsvorverhandlungen sind in einem Kürzungshaushalt keine Kürzungen in diesem Bereich vorgesehen. Es gibt also keine Streichung.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Wir müssen das Geld einfach effektiver einsetzen. Das machen wir hiermit. Wir brauchen eine gute Betreuung für unsere Kinder, eine gute vorschulische, frühkindliche Bildung. Das hat für mich oberste Priorität. Je mehr Bürokratie besteht, desto weniger Geld steht zur Verfügung. Jeder schreit in diesem Hohen Haus und draußen nach der Abschaffung der Bürokratie. Wenn wir die Bürokratie abschaffen, wird es vielleicht

nicht mehr ganz so gerecht, aber wir sparen uns Geld, das wir in die Bildung der Kinder investieren können.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wir machen das. Wir müssen endlich vom Gießkannenprinzip wegkommen, damit alle Bedürftigen profitieren. Ich war schon immer der Meinung, dass wir das Geld effizienter einsetzen müssen. Das machen wir hiermit.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Auch die Eltern wünschen sich stabile Strukturen und einen guten Betreuungsplatz für ihre Kinder. Das machen wir hiermit. Das Familien- und Krippengeld bekommen immer noch diejenigen, die bis zum 01.01.2025 geboren wurden. Es wird, wie gesagt, keine Kürzung im Budget geben. Die frei werdenden Mittel von fast 800 Millionen Euro nehmen wir zwar den ganz Kleinen weg, aber das Geld erhalten die Kinder dafür drei Jahre später, wenn sie in den Kindergarten kommen. Wir nehmen also nichts weg, wir führen eine Umstrukturierung durch und reinvestieren das Geld in das System. Frau Scharf wird das machen. Sie hat mir versprochen, dass wir uns zusammensetzen und das machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Für mich gehört auch dazu, dass man das Geld in die Bildung von Fachkräften steckt; denn diese sind auch Mangelware, und wir wissen nicht, wie wir die Bildung von Fachkräften ansonsten finanzieren können. Das ist auch der Wunsch der Fachverbände und der Eltern, dem wir nachkommen.

Die Abschaffung der Bürokratie ist mutig. Wir müssen mutig sein. Das ist unser Gesetzentwurf. Die Umstrukturierung ist absolut wichtig. Deshalb ist die Änderung des Gesetzes eine Chance zur nachhaltigen Verbesserung der Rahmenbedingungen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu hat die Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion, Frau Katrin Ebner-Steiner, das Wort.

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Die Kürzung des Kinderstartgeldes zeigt ganz klar, wo die Prioritäten der Staatsregierung liegen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Es ist keine Kürzung! – Toni Schuberl (GRÜNE): Stimmt, es ist eine Streichung!)

Sie fördern den Klimaschutz, Sie fördern Migranten, aber die eigenen, die bayerischen Kinder sind Ihnen weniger wert. Ich sage Ihnen jetzt einmal, wo Sie kürzen können, da Sie beklagen, dass Sie die 800 Millionen Euro pro Jahr ansonsten nicht aufbringen könnten. Wir haben Ihnen folgende Vorschläge gemacht: Bezüglich der freiwilligen Integrationsleistung für Illegale können Sie 550 Millionen Euro kürzen, bezüglich der Energiewende 146 Millionen Euro sparen, durch die Abschaffung der Fraktionsreserve 90 Millionen Euro, durch die Abschaffung der Förderung von Klimabussen 29 Millionen Euro und durch die Streichung des bayerischen Entwicklungshilfeprogramms 12 Millionen Euro. – Warum braucht Bayern überhaupt ein eigenes Entwicklungshilfeprogramm? – Außerdem geben Sie für die Rechtsberatung für Asylbewerber eine halbe Million Euro aus, obwohl es Pflichtverteidiger gibt.

Man sieht ganz klar: Sie wollen nicht, dass die Eltern selbst entscheiden können, ob sie ihre Kinder selbst betreuen oder in die Krippe geben. Sie nehmen sich Olaf Scholz zum Vorbild, der sagt: Wir wollen die Hoheit über die Kinderbetten. – Das wollen wir nicht.

(Zuruf von der CSU: So ein Blödsinn!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Sie haben eine Minute Redezeit für Ihre Zwischenbemerkung.

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Wir wollen dieses Geld weiter bei den Eltern sehen. Die Eltern sollen selbst entscheiden, wie sie ihre Kinder betreuen.

(Beifall bei der AfD)

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Ich kann nicht mehr alles wiedergeben, was Sie aufgelistet haben, da ich es nicht wie Sie ablesen kann. Ich kann auch nicht so schnell schreiben, dass ich es mitschreiben kann. Die Fraktionsinitiativen, die ich beantragt habe, zielen alle ausschließlich auf den sozialen Bereich ab. Das ist auch gut so, weil wir damit vor Ort helfen und gewisse Projekte fortführen können, die uns wichtig sind.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Wir sparen das Geld also nicht; denn es fließt wieder zurück in den Haushalt. Wir müssen aber sparen, weil wir nicht mehr genügend Geld haben. Das muss man ganz klar sagen. Wir sparen auf jeden Fall nicht bei den Kindern, weil wir das gleiche Geld investieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Die nächste Rednerin ist Frau Julia Post für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Julia Post (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Tagesordnungspunkt ist in der Geschichte des Landtags ein beispielloser Vorgang.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Ach herrje!)

Wir beraten in Zweiter Lesung ein Gesetz der Staatsregierung zur Einführung des Kinderstartgeldes, das nicht eingeführt wird. Das muss man erst einmal schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN und SPD)

Das ist ein politischer Offenbarungseid und das Markenzeichen von Markus Söder. Noch vor ein paar Wochen posaunt die Staatsregierung stolz: "Bayern schenkt dir 3.000 Euro zum ersten Geburtstag." Jetzt, kurz vor der Zweiten Lesung, stellt sich heraus: Das war nur ein Gutschein, der nie eingelöst wird. Das ist ein Tiefpunkt einer Regierung, die längst aufgehört hat, Politik zu machen, und stattdessen permanent am eigenen Image bastelt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Markus Söder hat Politik zu einem PR-Experiment degradiert. Es geht nicht mehr um Wirkung, sondern um Schlagzeilen, nicht um Verantwortung, sondern um Regieanweisungen für Social Media.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

Erst feiert er das Familiengeld, dann feiert er die Kürzung, jetzt feiert er die Abschaffung. So ein politisches Kunststück schafft nur Markus Söder. Dreimal gibt es Applaus für denselben Fehler, jedes Mal mit entgegengesetztem Inhalt. Drei Akte, ein Hauptdarsteller, aber kein Drehbuch für die Familien in diesem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man könnte jetzt sagen: Das ist lernende Politik, man hat erkannt, dass das Kinderstartgeld falsch konstruiert war, zieht rechtzeitig die Bremse, spart Geld und hält die schwarze Null. – Aber das hier ist keine Lernkurve, das ist ein Schlingerkurs.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das alles ist doch kein Versehen. Es ist das logische Ergebnis einer Politik, die seit Jahren mit der Gießkanne verteilt, statt mit Plan zu investieren. Noch einmal zur Erinnerung: Zwischen 2011 und 2024, also innerhalb von 13 Jahren, wurden 1,9 Milliarden Euro für neue Kitaplätze bereitgestellt. In nur sechs Jahren wurden dagegen 4,6 Milliarden Euro für das einkommensunabhängige Familiengeld ausgegeben. Warum? –

Weil das Familiengeld kurz vor der Landtagswahl 2018 erfunden wurde. Nicht um Familien zu stärken, wurde es eingeführt, sondern um Wählerstimmen zu kaufen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer so Politik macht, darf sich nicht wundern, wenn die finanziellen Spielräume kleiner werden. In diese Lage haben Sie sich doch selbst gebracht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dieses Hin und Her hat kein Konzept. Es bringt keinen einzigen neuen Kitaplatz, kein zusätzliches Personal, keinen nachhaltigen Ausbau der Strukturen, keine Verbesserung bei der Qualität, keine Reform, und man hört kein Wort zur Verwendung der Gelder, also dazu, wo das Geld am Ende wirklich ankommt. Es ist nur das alte Muster: Ankündigungen, PR-Kampagnen und hoffen, dass keiner so genau hinschaut. Das Schlimmste: Es ist Politik gegen die, die am meisten Stabilität und Verlässlichkeit brauchen: junge Familien, Alleinerziehende, Menschen mit wenig Einkommen.

(Michael Hofmann (CSU): Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, hätten sie das Geld überhaupt nicht erhalten! Seit 2018 hätten sie es nicht erhalten! Sie widersprechen sich selbst!)

Für viele bedeutet der Wegfall des Familien- und Krippengelds, dass der Kitaplatz und das Leben teurer werden und sich Arbeiten weniger lohnt. Das ist der falsche Anreiz zur völlig falschen Zeit.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU)

Was ist das für ein Politikverständnis? – Eine Leistung erst groß zu feiern und sie dann mit der gleichen Begeisterung wieder abzuschaffen, das ist so, wie wenn jemand ein Haus anzündet und sich dann als Feuerwehrmann feiert, weil er den Schlauch hält.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Michael Hofmann (CSU): Unglaublich!)

Wir GRÜNE machen Politik nicht für das nächste Selfie, sondern für die nächste Generation.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Aber gegen die Bevölkerung!)

Wir haben bereits im Sommer eine Reform für das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz vorgelegt, um tragfähige Strukturen für die frühkindliche Bildung in Bayern zu schaffen.

(Unruhe – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Heizungsgesetz, Frau Kollegin! – Glocke des Präsidenten)

– Ich glaube, jetzt rede ich. – Wir fordern heute mit unserem Änderungsantrag: Alle Familien, die bis zum 31. August 2026 ein Kind bekommen und mit dieser Unterstützung geplant haben, sollen sie auch erhalten, und zwar wie wir es immer gesagt haben, einkommensabhängig gezielt nur die, die es wirklich brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, Sie lassen sich hier vor den Karren eines Ministerpräsidenten spannen, der jetzt gar nicht da ist, der Politik nur noch als Bühnenprogramm versteht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Markus Söder steht wieder daneben und lächelt in die Kamera. Er wird sich auch morgen wieder für den nächsten Scherbenhaufen feiern. Nur eines sollte klar sein: Wenn Politik nur noch aus PR besteht, bleibt am Ende kein Vertrauen, sondern Leere. Kolleginnen und Kollegen, das ist das eigentliche Erbe dieser Staatsregierung.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dafür hat der Kollege Michael Hofmann von der CSU-Fraktion das Wort.

Michael Hofmann (CSU): Frau Kollegin, Sie haben die Hälfte Ihrer Redezeit darauf verwendet, persönliche Diffamierungen gegenüber dem Ministerpräsidenten auszusprechen

(Unruhe bei den GRÜNEN)

und ihn schlicht und ergreifend mit Dreck zu bewerfen,

(Widerspruch der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE) – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Jetzt spricht der Herr Hofmann!)

statt sich mit der Sache auseinanderzusetzen. Das zeigt schon einmal ganz klar, welchen Schwerpunkt Sie heute in dieser Debatte setzen. Es geht Ihnen gar nicht um die Kinder, sondern es geht Ihnen darum, persönlich zu verletzen. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das haben Sie mit Ihrer Rede deutlich gemacht.

Sie haben auch deutlich gemacht, dass Sie sich selbst von Anfang bis Ende widersprechen. Sie haben uns gerade vorgeworfen, dass wir 2018 das Bayerische Familiengeld als Wahlgeschenk eingeführt hätten. In all den Jahren, in denen wir es hatten und in denen die Menschen davon profitiert haben, dass Bayern ein Familienland ist – mehr, als Sie es von uns erwartet hätten –, haben Sie nie den Antrag gestellt, den Sie heute jetzt noch schnell einbringen. Sie waren gegen das Bayerische Familiengeld. Heute bringen Sie einen Antrag zur Gesetzesänderung im Zusammenhang mit der Einkommensgrenze ein.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Das haben wir bei allen Haushaltsberatungen eingebracht!)

– Sie nutzen jetzt noch einmal populistisch die Gelegenheit – –

(Unruhe)

Sie nutzen jetzt noch einmal populistisch die Gelegenheit, den Familien zu zeigen, –

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Hofmann, eine Minute für Ihre Zwischenbemerkung.

Michael Hofmann (CSU): – Sie wären für sie. Dabei waren Sie von Anfang an gegen das Bayerische Familiengeld, das Sie jetzt ach so sehr verteidigen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Frau Kollegin Post.

Julia Post (GRÜNE): Wir haben jedes Jahr zu allen Haushaltsberatungen entsprechende Anträge eingebracht.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Abschaffung! Abschaffung!)

Wir haben nie kritisiert, dass Familien, die Unterstützung brauchen, diese auch bekommen.

(Michael Hofmann (CSU): Sie haben niemals einen Antrag gestellt! – Zuruf der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

Wir haben das Gießkannenprinzip immer kritisiert, und dem sind wir auch mit unserem Änderungsantrag treu geblieben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen eine verlässliche Politik, und wir wollen, dass Eltern, die sich darauf verlassen und damit geplant haben, auch weiter damit rechnen können.

(Petra Guttenberger (CSU): Wie wäre es mit Tatsachen?)

Das ist es, was wir machen. Wir machen das seriös. Das, was versprochen wurde, sollen Familien auch bekommen. Dafür stehen wir GRÜNE.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Ich gebe noch bekannt, dass wir uns für die Äußerung des Abgeordneten Bernhard Pohl "Gehen Sie zurück nach Sankt Petersburg!" die nachträgliche Entscheidung über einen Ordnungsruf vorbehalten.

(Beifall bei der AfD)

Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Doris Rauscher für die SPD-Fraktion. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ehrlich gesagt sprachlos, nicht nur aufgrund dessen, was in dieser Woche passiert ist, sondern auch ob der Debatte. Wir beraten heute die Einführung des Bayerischen Kinderstartgeldes und schaffen es gleichzeitig schon wieder ab, und es wird uns nicht einmal eine tiefgehende Debatte im Fachausschuss, im Sozialausschuss, gewährt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Sprachlos – sprachlos, das ist das Wort, das mir als erstes in den Sinn kam, und es ist auch das Wort, das ich höre, wenn ich mit Familien spreche. Ihr Vorgehen ist parlamentarisch nicht nur absurd, es ist beispiellos. Ich habe eine ausgedruckte E-Mail einer Mutter dabei, die so bezeichnend schrieb: "Ich habe mein Kind geplant und meine Elternzeit berechnet, als diese Leistungen noch galten. Als die Abschaffung beschlossen wurde, war ich bereits im siebten Monat schwanger."

Verstehen Sie, was das bedeutet? – Familien, die in diesem Jahr ein Kind bekommen haben, hätten noch das Bayerische Familien- und Krippengeld in Höhe von mindes-

tens 6.000 Euro über zwei Jahre erhalten. Frauen, die jetzt schwanger sind – das muss man sagen –, hätten immerhin noch das Bayerische Kinderstartgeld in Höhe von 3.000 Euro erhalten. Und jetzt? – Jetzt bekommen sie nichts, null Euro. Diese Eltern haben ihre Ausgaben geplant und im Vertrauen darauf, dass die Staatsregierung ihr Wort hält, vielleicht schon Anschaffungen getätigt;

(Unruhe)

denn es war gesetzliche Grundlage. Jetzt bekommen sie nichts – nicht einmal eine Übergangslösung. Kolleginnen und Kollegen, das ist alles andere als verlässliche Familienpolitik. Das ist ein Vertrauensbruch.

(Beifall bei der SPD)

Wissen Sie, wovon das zeugt? – Das zeugt von einer Politik ohne Strategie und ohne Weitblick. Erst erkennen Sie jahrelang nicht die Not der Kitas. Sie reduzieren Kindertagesstätten auf Betreuung, sehen sie nicht als Bildungseinrichtungen an. Dann, rechtzeitig zur Landtagswahl, machen Sie finanzielle Geschenke an die Familien: das Bayerische Familiengeld, das Bayerische Krippengeld, und dann – voller Inbrunst – das Bayerische Kinderstartgeld.

Jetzt nehmen Sie alles wieder weg. Wo ist die Kontinuität in der bayerischen Familienpolitik? Wo ist das rechtzeitige Erkennen wichtiger Investitionen? – Sie reagieren immer erst dann, wenn das System annähernd kollabiert.

(Beifall bei der SPD – Anhaltende Unruhe)

Frau Scharf, wo ist die Strategie der Sozialministerin? Und wo ist die Gesamtschau eines Ministerpräsidenten? – Hü und hott, mehr ist das nicht, was Sie hier abgeben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Sie lösen kein Problem, und wenn Sie es lösen, dann zulasten der Familien – ein Problem, das es eigentlich ohne die CSU und die FREIEN WÄHLER in der Form gar nicht gegeben hätte.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Jahrelang war die Finanzierung der Kitas kein Thema für Sie. Jahrelang fehlten hier das politische Interesse und die politische Aufmerksamkeit, obwohl die Not nicht erst jetzt groß ist.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt werden die Versäumnisse mit dem Hinweis auf die verantwortungsvolle Haushaltsführung über Nacht auf junge Familien abgewälzt. Sie konstruieren ein Entweder-oder: entweder Geld für die Kitas oder direkte finanzielle Unterstützung für Familien. – Das ist absurd. Das eine muss das andere nicht ausschließen, wenn man entsprechende politische Prioritäten setzt, und das ist machbar.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Man sieht im Bund, was da gekürzt worden ist!)

Aber was machen Sie seit Jahren? – Kollegin, Sie lehnen konsequent eine bessere Kitabetriebskostenförderung ab, obwohl klar war, dass die Hütte brennt. Jetzt nehmen Sie den Familien genau diese Unterstützung mit der Begründung weg: Das Geld bleibt im System. – Einen Aufwuchs gibt es nicht. Von Ihrer vollmundigen Ankündigung, dass das Bayerische Familienstartgeld bleibt, –

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

Doris Rauscher (SPD): – ist nicht mehr die Rede und aus unserer Sicht auch nicht mehr vom Familienland Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Mich erreicht gerade die Nachricht, dass die AfD-Fraktion einen Geschäftsordnungsantrag auf Herbeizitierung des Ministerpräsidenten stellt. – Bitte. Wollen Sie Ihren Antrag begründen?

(Martin Wagle (CSU): Sollen wir ihn einfliegen lassen? – Heiterkeit bei der CSU)

Sie wollen den Antrag nicht begründen? – Doch, das nehme ich doch an.

(Unruhe – Zuruf: Müssen wir aufrufen! – Christoph Maier (AfD): Ja, mein Name wurde nicht aufgerufen!)

Bitte, Herr Abgeordneter Maier. Ich möchte Sie aber darauf hinweisen, dass der stellvertretende Ministerpräsident anwesend ist.

Christoph Maier (AfD): Ja, das haben wir zur Kenntnis genommen. Herzlichen Dank für das Wort, Herr Vizepräsident.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir als AfD-Fraktion beantragen nach § 176 unserer Geschäftsordnung, den Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern herbeizuzitieren. Er war heute schon im Hohen Haus; aber er hat sich jetzt davor gedrückt, diese Debatte hier im Bayerischen Landtag vor den Bürgerinnen und Bürgern des Freistaates Bayern zu führen. Das ist ein Verhalten, das eines Ministerpräsidenten unwürdig ist.

(Beifall bei der AfD)

Er kann nicht von heute auf morgen die Familienpolitik in Bayern grundsätzlich ändern, ohne dies den Bürgerinnen und Bürgern selbst zu erklären; denn wenn eines Chefsache ist, dann ist es, die Richtlinien vorzugeben und diese auch zu erklären. Der Ministerpräsident entzieht sich dieser wichtigen Aufgabe und verweigert sich, insbesondere auch die Erklärung abzugeben, die jetzt im Raume steht. Dabei geht es nicht um rein parlamentsinterne Fragen, inwieweit Prozesse eingehalten wurden, sondern es geht um die grundsätzliche Frage, welche Familienpolitik Bayern in den

nächsten Jahren bekommen soll. Ich stelle fest: Dieser Ministerpräsident ist nicht in der Lage, vertrauensvoll mit diesem Amt umzugehen. Er ist einer, der sich wegduckt. Er ist einer, der in Berlin ist,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Beifall bei der AfD)

und er ist einer, der nicht das macht, was man von ihm erwartet, nämlich Politik für Bayern und die Erklärungen hier im Bayerischen Landtag, im Herz der Demokratie, abzugeben. Ein derartiger Ministerpräsident ist völlig überflüssig. Ein derartiger Ministerpräsident sollte sich die Frage stellen, warum er noch länger Ministerpräsident für Bayern ist!

(Beifall bei der AfD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): AfD ist überflüssig!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. Zur Gegenrede hat Herr Kollege Michael Hoffmann, CSU-Fraktion, das Wort.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt wird es hier endgültig zum Komödiantenstadel. Was Sie hier beantragen, ist ein absoluter Witz!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Es hat Sie zu Beginn der Debatte überhaupt nicht interessiert, ob der Ministerpräsident da ist oder nicht. Erst ab dem Zeitpunkt, als der Kollege Thomas Huber erklärt hat, dass er beim Koalitionsausschuss ist, und Sie deswegen wissen, dass er überhaupt nicht kommen könnte, wenn Sie ihn herbeizitieren, nutzen Sie dieses Instrument.

(Zurufe von der AfD)

Wie tief wollen Sie denn eigentlich noch fallen? Wie tief wollen Sie noch fallen, um parlamentarische Instrumente zu missbrauchen? Das ist bodenlos!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der AfD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich kann wirklich nur hoffen, dass sich viele diese Debatte anschauen,

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Das hoffen wir auch!)

weil man nämlich genau merkt, worum es der AfD an dieser Stelle geht: Ihnen geht es um Clownerie, Ihnen geht es darum, Ärger zu bereiten, Ihnen geht es darum, Instrumente, die wir in der Demokratie liebgewonnen haben und für wichtig erachten, zu missbrauchen,

(Zuruf von der AfD)

weil Sie glauben, dass Sie damit ein politisches Pfund gewinnen, nicht mehr und nicht weniger. Es ist ärgerlich, dass Sie sich von der Kollegin Post haben anstecken lassen, weil die schon auf den Ministerpräsidenten eingegangen ist.

(Andreas Winhart (AfD): Offensichtlich zum Thema!)

Wir lehnen Ihren Antrag ab. In dem Zusammenhang verweise ich darauf, dass wir einen stellvertretenden Ministerpräsidenten und eine stellvertretende Ministerpräsidentin hier im Haus haben. Das wird genügen. Ich bin fest davon überzeugt: Der Ministerpräsident wird seine Entscheidungen auch in dem Zusammenhang hier bei Gelegenheit nochmal außerordentlich und ausdrücklich erklären.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Christoph Maier (AfD): Bei Gelegenheit? – Weitere Zurufe von der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen zur Gegenrede liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion, den Ministerpräsidenten herbeizuzitieren. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion.

Gegenstimmen! – CSU-Fraktion, Fraktion der FREIEN WÄHLER, SPD-Fraktion und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt spricht für die Staatsregierung Frau Staatsministerin Ulrike Scharf.

(Unruhe)

Ich bitte wieder um Ruhe hier im Saale!

(Glocke des Präsidenten)

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist Familienland, und das an allererster Stelle. Das haben uns Umfragen erst belegt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der Vergleich zwischen den Bundesländern sagt ganz klar: Bayern ist Familienland Nummer eins. All das, was jetzt gesprochen wurde, was uns jetzt vorgeworfen wurde, weise ich auf das Schärfste zurück. Ich möchte das auch noch mit Zahlen unterlegen. Ich weiß nicht, wer im Kopf hat, wie unser Einzelplan 10 aussieht. Er hat 8,6 Milliarden Euro. Rund 5 Milliarden Euro in diesem Haushalt sind für Familien und für Kinder. Also, hören Sie damit auf zu sagen, wir hätten nichts übrig für Kinder und für Familien!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verantwortliche Politik ist die Kunst des Machbaren und nicht die des Wünschenswerten. Das gilt vor allen Dingen in Zeiten von Krisen. Deshalb bin ich froh um diese Entscheidung, die wir vor zwei Tagen getroffen haben. Deshalb bin ich froh und stolz auf das, was wir den Eltern, den Kitas, den Kommunen zurufen können, nämlich dass es bis 2030 rund 3 Milliarden Euro zusätzlich für unsere Kitas in Bayern gibt. Der Freistaat stärkt mit voller Kraft die frühkindliche Bildung und entlastet die Kommunen und die Träger. Der Anteil der Kommunen an den Betriebskosten bleibt gleich. Dennoch erreichen wir eine deutlich höhere Finanzierung

der Betriebskosten. Das ist ein historischer Meilenstein für Planungssicherheit und für Verlässlichkeit. Wenn Sie vorher reingebrüllt haben, wohin geht denn das Geld, dann antworte ich: Wohin soll es denn gehen? – In die Betriebskostenförderung. Ich kann es Ihnen auch noch aufschreiben. Dann verstehen Sie es vielleicht noch besser.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Als Träger tausender, nämlich von fast 4.000 Kitas, haben die beiden großen Kirchen unsere Entscheidung ausdrücklich begrüßt. Ich darf sie zitieren: Das sei ein starkes Zeichen für die frühkindliche Bildung, so Frau Dr. Glawogger-Feucht vom Verband katholischer Kindertageseinrichtungen. Das sei ein starkes Zeichen für Familien und für die weiterhin bezahlbaren Kitaplätze, die zur Verfügung stehen, so Frau Münderlein vom Evangelischen Kitaverband.

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört!)

Nochmal: Vertreterinnen und Vertreter von fast 4.000 Kitas geben uns für unsere Entscheidung recht. Wir sichern so die bestmögliche Bildung und Betreuung für unsere Kinder und damit eine lebenswerte Zukunft.

Aus vielen Gesprächen weiß ich: Für die meisten Eltern ist es entscheidend, dass sie sich auf eine qualitativ hochwertige und bezahlbare Kinderbetreuung verlassen können. Im Übrigen habe ich gestern noch ein interessantes Zitat von der Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung gefunden, die ganz klar formuliert – ich zitiere –: Studien zeigen, "dass die Infrastruktur – gerade eine verlässliche Kinderbetreuung – auf Geburten [wesentlich] stärker wirkt als Kindergeld und andere Transferleistungen."

(Volkmar Halbleib (SPD): Oh! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele Eltern wollen arbeiten, viele Eltern müssen arbeiten, müssen mehr arbeiten. Das sollen sie auch können. Auf der anderen Seite haben wir auf die finanziellen Nöte der Kommunen reagiert. Unsere staatlich geförder-

ten Kitas stehen zunehmend unter Druck. Unsere Aufgabe ist es, ihren Erhalt zu sichern.

Für die Einführung des Bayerischen Familiengelds im Jahr 2018 hatten wir fundamental andere Voraussetzungen und, ich betone, auch andere Bedarfe. Gleichzeitig haben wir seit 2018 – das will ich Ihnen auch zurufen, wenn es immer darum geht, wie wir mit Kinderbetreuung umgehen – die Kindergartenplätze und auch den Ganztags massiv ausgebaut. Wir konnten also seit 2018 die direkte Förderung, aber auch die institutionelle Förderung massiv nach oben bringen. Das dient den Familien. So haben wir beides als Meilensteine für das Familienland Bayern finanziert und vorangetrieben.

Doch heute, und das gehört zur Realität, stehen wir einfach vor einer historisch veränderten Lage. Es gab Corona, wir haben einen Ukraine-Krieg und wir haben eine jahrelange Wirtschaftskrise, auch durch die falsche Wirtschaftspolitik der alten Bundesregierung, die wir jetzt schmerzlichst reparieren müssen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Unsere Demokratie ist unter Druck von rechts, von links, durch Antisemiten, durch Islamisten. Für mich ist das auch ein Bildungsauftrag für Werteerziehung und für Demokratiebildung.

(Beifall bei der CSU)

Hinzu kommen besorgniserregende Pisa-Ergebnisse. Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, kennen die Heterogenität unserer Familien und der Bildungsvoraussetzungen. Wir brauchen noch mehr individuelle, kindgerechte Förderung und noch mehr emotionales Eingehen auf die Kinder. Das sind die neuen Bedarfe.

Ich möchte noch eine Zahl hinzufügen: Im Jahr 2022 hatten wir in Bayern 124.000 Geburten, darunter 32.000 Geburten von Müttern ohne deutschen Pass. Wenn ich zur Oberbürgermeisterin Eva Weber nach Augsburg komme, sehe ich immer wieder die wirklich herausfordernde Lage, nicht nur in den Grundschulklassen, sondern auch in

den Kitas. All das sind riesige Bildungsaufgaben. Dazu nenne ich auch die Herausforderungen und die Anforderungen, vor die uns KI und die digitale Zukunft stellen.

All das müssen Erzieherinnen und Erzieher, alle Fachkräfte und Teamkräfte im Auge haben, bewerkstelligen und bewältigen. Bei jedem Kitabesuch – ich bin froh, dass viele Kolleginnen und Kollegen aus meiner Fraktion oft dabei sind – spüren wir dieses Herzblut, spüren wir den Einsatz und die Freude für diesen so wertvollen Beruf. Deshalb an dieser Stelle ihnen allen nicht nur größten Respekt für das, was sie tagtäglich leisten, sondern auch ein ganz herzliches Vergelts Gott; sie gestalten wirklich die Zukunft Bayerns!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben bei uns im Ministerrat gerade einen Haushaltsentwurf verabschiedet. Wir gestalten da einen wirklichen Bildungsboom. Die frühkindliche Bildung, die Schule, die Ausbildung, die Wissenschaft und die Forschung, also drei Lebensstufen, und alle mit einem klaren Ziel: beste Chancen für alle Talente. Niemand steht am Rand. Jede und jeder ist uns gleich viel wert.

Ich bin überzeugt davon: Nur wenn wir heute in die Herzen und in die Köpfe investieren, in Werteerziehung, in Demokratiebildung, geht es voran mit dem Zusammenhalt in unserer Demokratie und an unserem Standort Bayern, nur dann ist unser Sozialstaat auch zukunftsfest. Der ausgeglichene Haushalt ist ein ganz starkes und wichtiges Signal, insbesondere auch für die junge Generation. Wir halten Kurs für die Generationengerechtigkeit. Wir beweisen Verantwortung gerade für die junge Generation. Wir wollen in Bayern unseren jungen Menschen Chancen und keine Defizite vererben.

Deshalb gibt es diese fundamentale Richtungsentscheidung, die nicht leicht gefallen ist. Ich darf das an dieser Stelle nochmal betonen. Wir haben lange gerungen, aber es ist eine notwendige Entscheidung. Wir schichten rund 800 Millionen Euro pro Jahr aus dem Familiengeld in die Kitas um. Bei der Einführung des Bayerischen Familiengeldes

im Jahr 2018 waren die Voraussetzungen anders – ich betone es nochmals – und auch die Bedarfe anders. Heute ist die Situation eine andere. Darauf müssen wir reagieren, und darauf reagieren wir auch, und zwar verantwortungsvoll und vorausschauend.

Der Opposition sei gesagt: Es gibt keinen Vertrauensschutz für politische Instrumente, wenn sich die Realität verändert hat. Wir müssen eine klare Priorität setzen.

(Zurufe der Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE) und Toni Schuberl (GRÜNE) – Gegenruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU) – Michael Hofmann (CSU): Das ist eine Unverschämtheit!)

– Dem Kollegen Schuberl gebe ich einen Tipp: Herr Kollege, es gibt Kurse, die heißen "Wege aus der Brüllfalle". Gehen Sie einfach mal dorthin.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Gehen Sie dort hin, und verschonen Sie uns mit Ihrem Gebrüll hier im Hohen Haus!

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen klare Prioritäten setzen. Die klare Priorität heißt: Verlässliche Kinderbetreuung. Deshalb sichten wir um, und zwar sofort. Unsere Hilfe duldet keinen Aufschub. Die Kommunen brauchen sofort die Entlastung für starke Kitas, für starke Kinder und damit für ein starkes Bayern.

Wir alle spüren doch: Wir müssen vieles verändern, um das Wichtigste zu erhalten, nämlich eine lebenswerte Zukunft und eine stabile Demokratie. Wir haben das Ganze im Blick. Unsere Verantwortung ist das Gesamte. Wir schaffen Vertrauen in die Zukunft für ein gutes Leben unserer Kinder. Deshalb bitte ich dieses Hohe Haus, den Änderungsantrag unserer Regierungsfractionen anzunehmen und dem Gesetzentwurf in der geänderten Fassung zuzustimmen. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Staatsministerin, danke schön. – Es liegen drei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Zur ersten Zwischenbemerkung erteile ich der Kollegin Doris Rauscher von der SPD-Fraktion das Wort.

Doris Rauscher (SPD): Frau Ministerin, ich möchte gerne an Ihrer Aussage anknüpfen, es gebe keinen Vertrauensschutz für politische Instrumente. Deshalb drei Fragen meinerseits: Können wir mit Sicherheit davon ausgehen, dass die frei werdenden Gelder zu 100 % in die Betriebskostenförderung der Kitas gehen und nicht womöglich in zwei Jahren oder so wieder für andere Erfordernisse eingesetzt werden? Können wir davon ausgehen, dass sie in die Betriebskostenförderung gehen und nicht in einen weiteren Ausbau von Kitaplätzen, weil das etwas anderes ist als eine Betriebskostenförderung? Können wir auch davon ausgehen, dass die Elterngebühren für Kitas wieder bezahlbar werden? Wenn Sie jetzt einerseits schon auf Gelder verzichten müssen, dann wäre es ja zumindest ein finanzielles Entgegenkommen, wenn nicht diese zum Teil horrenden Preise für die Kinderbetreuung verlangt werden müssten.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Danke schön für Ihre Fragen, dass ich auf sie eingehen darf und noch eine Redezeitverlängerung habe, nachdem es vorher schon pressiert hat. Natürlich geht das Geld vollumfänglich und auch sofort in die Betriebskostenförderung. In unserem Einzelplan ist ganz klar der Haushaltsansatz mit knapp 800 Millionen Euro verankert. Dieser ist festgeschrieben und geht eins zu eins und sofort in die Kinderbetreuung. Das heißt, das ist eine einseitige Erhöhung der staatlichen Förderung. Der Anteil der Kommunen bleibt unverändert; aber wir steigen massiv ein und legen drauf.

Zu Ihrer anderen Frage zu den Kitas: Ich habe gesagt: "sofort", also ab dem Jahr 2026. Vorher kam noch die Rückfrage mit der Reform. Natürlich starten wir jetzt sofort. Ein Inkrafttreten ist zum 1. Januar 2027 anvisiert. Das tut aber dem nichts ab, dass wir bereits im Jahr 2026 freiwerdende Mittel in die Betriebskostenförderung geben können.

Zur Frage, ob wir damit sicherstellen können, dass der Kitabeitrag stabil bleibt oder vielleicht sinken wird: Nein, wir können das nicht, weil unsere Systematik so nicht ist. Wir leben nicht in einem Kommunismus. Wir haben in Bayern circa 2.000 Träger, die ihre Gebühren selbst festlegen. Deshalb werden wir appellieren. Ich bitte Sie, dabei mitzuhelfen. Die Verantwortung liegt ganz klar bei den Trägern zu sagen: Wir bekommen mehr Unterstützung bei der Betriebskostenförderung, was uns veranlasst, auf den Kitabeitrag zu schauen.

Noch eine Ergänzung: Für alle diejenigen, die finanziell schwächer ausgestattet sind und sich den Kitabeitrag nicht leisten können, gibt es – das müssten eigentlich alle wissen – die wirtschaftliche Jugendhilfe, die diese Kitagebühren übernimmt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zur zweiten Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Martin Böhm von der AfD-Fraktion das Wort.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, sieben Minuten lang haben wir jetzt Ihre Beschönigungen hören müssen. Der Kern, der übrigbleibt, ist: Die bayerische Familie dient heute bei den Entscheidungen als kleinster gemeinsamer Nenner einer mittlerweile abgewirtschafteten Koalition, dem Bayerischen Staatshaushalt die schwarze Null zu retten. Nur mit einem familienfeindlichen Entscheidungshorizont, den Sie an den Tag legen, kann der Haushalt vermutlich überhaupt noch konsolidiert werden. Sie vernachlässigen dabei aber alle anderen Möglichkeiten der Konsolidierung. Der heutige Tag zeigt uns: Die CSU hat sich mit ihrer heutigen Entscheidung zu einem Steinbruch degradiert, aus dem wir von der AfD ein besseres Bayern erschaffen werden.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Ich würde mich schämen, eine solche Zwischenbemerkung zu formulieren. Sie sagen, wir wären "familienfeindlich". Jetzt sage ich es Ihnen noch mal, Herr Böhm, zum Mitschreiben: 8,6 Millionen Euro beträgt der derzeitige Etat in meinem Einzelplan 10. Rund 5 Milliarden Euro sind für Familien und Kinder. Damit ist alles gesagt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zur dritten Zwischenbemerkung erteile ich der Fraktionsvorsitzenden der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Katharina Schulze, das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, ich persönlich finde, so kann man mit Familien nicht umgehen. In Zeiten, in denen alles teurer wird, haben viele Familien genau mit diesem Geld gerechnet. Deswegen habe ich folgende Frage an Sie: Warum haben Sie nicht wenigstens dafür gekämpft, dass diejenigen Familien, die bis vor zwei Tagen noch dachten, sie bekämen dieses Geld, es auch noch bekommen? Oder anders gefragt: Warum stimmen Sie unserem Änderungsantrag nicht zu, der ganz klar sagt: Alle, deren Kinder bis zum 31. August 2026 geboren werden, bekommen es noch einkommensabhängig gestaffelt, weil das vorher so ausgemacht und so formuliert war? Das würde ich gerne von Ihnen wissen.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Die Grundlagen für diese Entscheidung sind immer auch das Rechnen und die klare Ausrichtung der Priorität, wie wir unsere Kitas stützen, unterstützen und bei den Betriebskosten besser fördern können. Dafür muss man rechnen, und dann weiß man, welchen Etat man hat. Ich habe es vorher erwähnt: In meinem Fall sind es knapp 800 Millionen Euro. Dann weiß man, was an Familiengeld und Krippengeld noch abfinanziert wird. Wir haben sehr viele Bescheide draußen. Dann macht man darunter den Strich und kann abziehen und schauen, was übrigbleibt.

Wenn wir diese Entscheidung so nicht getroffen hätten, wären für die Jahre 2026 und 2027 keine Mittel übrig gewesen, die wir in die Betriebskosten hätten geben können. Das ist entscheidend. Das ist die Grundlage, die Betrachtung der Realität. Deshalb haben wir uns schweren Herzens dazu entschieden. Entscheidend waren die Zukunft unserer Kitas und die Verlässlichkeit, die wir den Eltern spiegeln. Es müssen hochqualitative Kindertageseinrichtungen zur Verfügung stehen und es darf keine Schließungen geben. Das war entscheidend.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 19/7432, der Änderungsantrag der Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/8244, der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/8579, die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie auf Drucksache 19/8761 sowie der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/8814 und der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/8839 zugrunde.

Zunächst ist über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/8579 abzustimmen. Diese Abstimmung erfolgt in einfacher Form. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt den Änderungsantrag zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der

CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Nun folgen die zwei angekündigten namentlichen Abstimmungen zu den zum Plenum eingereichten Änderungsanträgen. Die Abstimmungen werden elektronisch durchgeführt.

Wir beginnen mit der namentlichen Abstimmung über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/8839. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten, und die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 15:10 bis 15:13 Uhr)

Ich gehe davon aus, dass die meisten von Ihnen die Stimme inzwischen abgegeben haben. – Trotzdem zur Erklärung für unsere Besucherinnen und Besucher: Die Abstimmungszeit dauert drei Minuten. Es könnte ja jemand gerade noch irgendwo auf dem Flur draußen oder sonst wo sein und die Zeit benötigen, um sich wieder an seinen Platz zu begeben. Zur weiteren Erklärung: Wer eine Abstimmung verpasst, dem wird übrigens etwas von der Diät abgezogen. – So, nun sind die drei Minuten um. Die Abstimmung ist hiermit geschlossen.

Wir fahren fort mit der namentlichen Abstimmung über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER auf Drucksache 19/8814. Die Abstimmungszeit beträgt jetzt zwei Minuten und ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 15:13 bis 15:15 Uhr)

Ich nutze die Zeit, um direkt das Ergebnis der ersten namentlichen Abstimmung über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Einführung eines Bayerischen Kinderstartgeldes auf Drucksache 19/8839 bekannt zu geben: Mit Ja haben 26 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 130 gestimmt. Stimmenthaltung gab es keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Die zwei Minuten sind um, somit ist auch diese Abstimmung beendet.

Nun müssen wir allerdings das Ergebnis der zweiten namentlichen Abstimmung abwarten, weil wir über den Gesetzentwurf selbst erst abstimmen können, wenn dieses Ergebnis feststeht.

(Unterbrechung von 15:15 bis 15:16 Uhr)

Nehmen Sie bitte wieder Platz. – Auch dieses Ergebnis hat unser Plenardienst rasend schnell fertig gemacht.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Einführung eines Bayerischen Kinderstartgeldes auf Drucksache 19/8814 bekannt: Mit Ja haben 91 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 64 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es nicht. Damit ist dieser Änderungsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Damit kommen wir nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf auf Drucksache 19/7432. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie empfiehlt Zustimmung zum Gesetzentwurf mit der Maßgabe, dass in § 1 verschiedene Änderungen vorgenommen werden.

Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass weitere Änderungen vorgenommen werden. Im Einzelnen verweise ich hierzu auf Drucksache 19/8761.

Wer dem Gesetzentwurf in dieser Fassung unter Berücksichtigung der zusätzlichen Änderungen aufgrund des soeben beschlossenen zum Plenum eingereichten Ände-

rungsantrags auf Drucksache 19/8814 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – AfD-Fraktion, SPD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Dann ist das so beschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.11.2025 zu Tagesordnungspunkt 7: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Einführung eines Bayerischen Kinderstartgeldes (Drs. 19/7432) (Drucksache 19/8839)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse				Dr. Ebner Stefan			
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute			
Arnold Horst		X		Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole				Fehlner Martina			
Bauer Volker				Feichtmeier Christiane		X	
Baumann Jörg				Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl			
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes	X			Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara			
Dr. Behr Andrea				Füracker Albert			
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith		X	
Bergmüller Franz		X		Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas	X			Gmelch Christin		X	
Blume Markus		X		Goller Mia	X		
Böhm Martin		X		Gotthardt Tobias			
Bötl Maximilian		X		Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal	X			Grießhammer Holger			
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
von Brunn Florian		X		Groß Johann		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Gross Sabine			
Dr. Büchler Markus	X			Grossmann Patrick		X	
				Guttenberger Petra		X	
Celina Kerstin	X						
				Halbleib Volkmar		X	
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülseren	X			Hanna-Krahl Andreas	X		
Dierkes Rene		X		Hartmann Ludwig			
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef			
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian	X		
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas			
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael			
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes			
Meußgeier Harald			
Meyer Stefan			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia	X		
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna		X	
Rauscher Doris		X	
Reiß Tobias			
Rinderspacher Markus		X	
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry		X	
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef			
Schmidt Gabi		X	
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf			
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin			
Stolz Anna			
Storm Ramona		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif		X	
Tomaschko Peter			
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth			
Weber Laura			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja		X	
Widmann Jutta		X	
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	26	130	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.11.2025 zu Tagesordnungspunkt 7: Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u. a. und Fraktion CSU, der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Einführung eines Bayerischen Kinderstartgeldes (Drs. 19/7432) (Drucksache 19/8814)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin		X	
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter		X	
Arnold Horst		X	
Artmann Daniel	X		
Atzinger Oskar		X	
Bäumler Nicole			
Bauer Volker			
Baumann Jörg			
Baumgärtner Jürgen			
Baur Konrad	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Becher Johannes		X	
Beck Tobias	X		
Becker Barbara	X		
Dr. Behr Andrea			
Behringer Martin	X		
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz		X	
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas		X	
Blume Markus	X		
Böhm Martin		X	
Bötl Maximilian	X		
Bozoglu Cemal		X	
Brannekämper Robert	X		
von Brunn Florian		X	
Dr. Brunnhuber Martin	X		
Dr. Büchler Markus		X	
Celina Kerstin		X	
Deisenhofer Maximilian		X	
Demirel Gülseren		X	
Dierkes Rene		X	
Dierl Franc	X		
Dr. Dietrich Alexander	X		
Dietz Leo	X		
Dorow Alex	X		
Dremel Holger	X		
Dünkel Norbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen	X		
Dr. Ebner Stefan			
Ebner-Steiner Katrin		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg			
Enders Susann	X		
Fackler Wolfgang			
Fehlner Martina			
Feichtmeier Christiane		X	
Flierl Alexander	X		
Freller Karl			
Freudenberger Thorsten	X		
Friedl Patrick		X	
Friesinger Sebastian	X		
Frühbeißer Stefan	X		
Fuchs Barbara			
Füracker Albert			
Gerlach Judith	X		
Gießübel Martina	X		
Glauber Thorsten			
Gmelch Christin		X	
Goller Mia		X	
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard		X	
Grießhammer Holger			
Grob Alfred	X		
Groß Johann	X		
Gross Sabine			
Grossmann Patrick	X		
Guttenberger Petra	X		
Halbleib Volkmar		X	
Halemba Daniel		X	
Hanna-Krahl Andreas		X	
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang	X		
Heinisch Bernhard	X		
Heisl Josef			
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Hierneis Christian		X	
Högl Petra	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael	X		
Hold Alexander	X		
Holetschek Klaus	X		
Holz Thomas	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas	X		
Huml Melanie	X		
Jäckel Andreas	X		
Jakob Marina	X		
Jungbauer Björn	X		
Jurca Andreas			
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas	X		
Kirchner Sandro	X		
Knoblach Paul			
Knoll Manuel	X		
Köhler Claudia		X	
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen	X		
Koller Michael			
Konrad Joachim	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kühn Harald	X		
Kurz Sanne		X	
Lausch Josef	X		
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian	X		
Lipp Oskar		X	
Locke Felix	X		
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra	X		
Ludwig Rainer	X		
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes			
Meußgeier Harald			
Meyer Stefan			
Miskowitsch Benjamin	X		
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin	X		
Müller Johann		X	
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike	X		
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter	X		
Dr. Oetzinger Stephan	X		
Osgyan Verena		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazzolo Michael	X		
Pirner Thomas	X		
Pohl Bernhard	X		
Post Julia		X	
Preidl Julian	X		
Rasehorn Anna		X	
Rauscher Doris		X	
Reiß Tobias	X		
Rinderspacher Markus		X	
Rittel Anton	X		
Roon Elena		X	
Saller Markus	X		
Schack Jenny	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Martin	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef			
Schmidt Gabi	X		
Schnotz Helmut	X		
Schnürer Sascha	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin	X		
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina		X	
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald	X		
Seidenath Bernhard	X		
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Stadler Ralf			
Stieglitz Werner	X		
Stock Martin	X		
Stolz Anna			
Storm Ramona		X	
Straub Karl			
Streibl Florian	X		
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Tomaschko Peter			
Toso Roswitha	X		
Trautner Carolina	X		
Triebel Gabriele		X	
Vogel Steffen	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter	X		
Wagle Martin	X		
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan	X		
Waldmann Ruth			
Weber Laura			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja		X	
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Freiherr von Zobel Felix	X		
Zöller Thomas	X		
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	91	64	0